



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Buchheim, Karl: Das neue Flandern

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Das neue Flandern

Von Dr. Karl Buchheim



Der Weltkrieg läßt uns in seiner Länge Zeit, uns über unsere Kriegsziele gründlich klar zu werden. Wir Deutschen sind ein realpolitisch nicht übermäßig begabtes Volk; die lange Bedenkzeit ist deshalb vielleicht nicht ohne erzieherischen Wert. Man wird indessen feststellen, daß gewisse Gebiete immer bestimmter in den Mittelpunkt der Erörterungen treten: wie etwa — um in Europa zu bleiben — Kurland, Litauen, Stücke des französischen Lothringen, Belgien. Wir fangen allmählich an, zu wissen, was wir wollen, und das ist für den kommenden Diplomatenkrieg schon ein unschätzbarer Gewinn.

Was speziell die Frage der belgischen Zukunft angeht, so haben ihr die „Grenzboten“ im Dezember 1916 zwei Aufsätze gewidmet: einen von Professor Bornhak (Nr. 49) und einen von mir (Nr. 51). Seitdem haben sich die Dinge in einer Richtung entwickelt, die den dort geforderten Grundsätzen vielleicht gerecht zu werden verspricht. Es gilt, das Eisen zu schmieden, solange es glüht. Die deutsche politische Öffentlichkeit hat weder das Recht, lediglich von allgemeinen patriotischen Hochzielen zu träumen, noch sich allzu gründlich in wirtschaftliche oder technische Einzelschwierigkeiten der politischen Zukunft zu vertiefen, sondern es gilt, solche Realitäten klar zu fordern, die man grundsätzlich haben will, und den Kopf vor dem nicht in den Sand zu stecken, was die Folgen solchen Wollens sein müssen.

Wir wissen heute noch besser als im Dezember, als das deutsche Friedensangebot vielleicht noch einmal manchen Illusionen freie Bahn zu geben schien, daß das alte Belgien von 1914 nicht wieder auferstehen darf. Zwar hat Belgien bis heute den Londoner Vertrag nicht unterzeichnet, gibt sich also noch immer den Anschein, als kämpfe es nicht für die Interessen des Bierverbandes, sondern nur für seine mißachtete Neutralität. Aber wir wissen natürlich, was von solchem Vorgehen zu halten ist. Die belgische Neutralität war schon vor

dem Kriege eine Lüge, sie wäre nachher ein überhaupt undenkbarer Zustand. Belgien selber gibt sich im heutigen Stadium des Krieges nicht einmal mehr Mühe, seine Rolle ordentlich zu spielen. Die ehemals Antwerpener „Metropole“, ein Blatt, das jetzt in London erscheint und der gleichfalls verbannten belgischen Regierung in Le Havre gewiß nahesteht, schreibt am 21. Februar: Deutschland sei zum Todfeind und die Interessen Englands und Frankreichs seien auch die Belgiens geworden. Es gelte, den Traum von Frieden und Neutralität endlich auszuträumen und bis zum äußersten die teutonische Hegemonie zu bekämpfen. Unter keinen Umständen dürfe sich Belgien isolieren, weder im militärischen noch im wirtschaftlichen Kampf, der nach jenem kommen werde. Belgien müsse für das verbündete Westeuropa den Wachtposten am Rhein übernehmen. „Unser Charakter, unsere Beziehungen, unsere Interessen, unsere Zukunftshoffnungen und die Sorge um unsere nationale Würde verlangen gebieterisch die Aufgabe der Neutralität. An den Verbandsmächten ist es, in dem Friedensvertrag diesen Emanzipationsakt Belgiens zu unterzeichnen!“

Es ist also klar, wessen wir uns von Belgien zu versehen hätten, wenn dieser Staat nach dem Kriege wieder erstände. Einen Wachtposten würden wir gegen uns selbst an unseren Rheinstrom stellen. Darum weg mit Belgien, diesem Ableger der ewig deutschfeindlichen Revolutionskultur an der Seine! Weg mit Belgien, diesem Brückenkopf Englands auf dem europäischen Kontinent! Die deutsche Öffentlichkeit muß begreifen, daß dieser Staat eine dauernde Lebensgefahr für unser Reich bedeuten müßte, wenn wir ihn noch einmal herstellten. Lassen wir vielmehr statt Belgiens, dem Kunstprodukt einer berechnenden rationalistischen Diplomatie, das alte historische Flandern zu neuem Leben erwachen!

Von Anfang an hat die deutsche Kriegsverwaltung in Belgien eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erblickt, dem von seiner Brüsseler Fransquillonsregierung vorher niedergehaltenen Flamentum zu seinem Rechte zu verhelfen. Schritte, wie die Gründung der flämischen Universität in Gent, sind unwider-ruflich. In diesem Jahre hat man nun den Entschluß gefunden, endlich zum Todesstoße gegen die künstliche belgische Staatseinheit auszuholen. Man hat begonnen, für die flämischen und wallonischen Gebiete eine völlig getrennte Verwaltung einzurichten. Schon im Oktober 1916 hatte man mit dem Schulwesen den Anfang gemacht. Nunmehr aber ist man darüber hinausgegangen und hat den gesamten Verwaltungsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, das unseren Kultusministerien entspricht, national in eine flämische und eine wallonische Abteilung getrennt. Weiter hat man Anfang Februar dem flämischen Stamme im sogenannten „Rat für Flandern“ eine besondere Vertretung geschaffen. Eine Abordnung dieses Rates ist am 3. März vom Reichskanzler empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit hat der verantwortliche Leiter unseres Reiches bekanntgegeben, daß vorbereitende Maßnahmen er-wogen und eingeleitet worden seien, dem flämischen Volke zu neuer Selbst-

ständigkeit und freier wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung zu verhelfen. Diese Maßnahmen würden fortgesetzt werden bis zum Ziele völliger Verwaltungstrennung der flämischen von den wallonischen Landesteilen. Die Grenze beider soll mit der in Belgien glücklicherweise ziemlich eindeutigen Sprachgrenze zusammenfallen. Wir dürfen also hoffen, daß das neue Flandern noch während der jetzigen deutschen Verwaltung geographisch und administrativ eine Wirklichkeit werden wird, die niemand so leicht wieder über den Haufen werfen dürfte.

Nun fragt sich aber, was nach dem Kriege werden soll. Die jetzige militärische Verwaltung des eroberten belgischen Gebietes kann natürlich im Frieden nicht bestehen bleiben. Gegen eine Annexion Belgiens hat sich der Reichskanzler ziemlich deutlich verwahrt. In der Tat ist es aus vielen Gründen vielleicht nicht wünschenswert, den wohl ausbalancierten inneren Bau des Reiches durch Aufnahme neuer Bundesstaaten oder Reichsländer, die doch früher oder später nach dem Vorgange Elsaß-Lothringens Bundesstaaten werden müßten, aus dem Gleichgewicht zu bringen. Andererseits hängt die Zukunft unserer Weltpolitik von einer genügenden Erweiterung vor allem unserer europäischen Basis ab. Auf belgischem Boden zumal dürfen weder die Maaslinie noch die flandrische Küste wieder in feindliche Hände fallen, wenn wir ein sicheres Haus und ein Fenster nach dem Ozean haben wollen. Hier muß auch das neue Flandern durch reale Garantien an das Reich gefesselt bleiben. Um das Dilemma: Nicht annectieren und doch beherrschen! zu lösen, schlägt nun in einem der jüngsten Hefte der „Grenzboten“ (1917, Nr. 10) Professor Bornhal vor, allem Gebietszuwachs, den dieser Krieg uns hoffentlich in Europa bringen wird, die Stellung von Schutzgebieten zu geben. Wir würden dabei nur dem gewiß bewährten Vorgange Englands folgen (vgl. Gibraltar, Malta u. a.). Ich halte diesen Gedanken für sehr fruchtbar. Also würde auch das neue Flandern ein staatsrechtlich vom Reiche getrenntes, aber völkerrechtlich von der deutschen Machtphäre umfaßtes Schutzgebiet werden können. Wir müssen nun in diesem Sinne gleich ein wenig weiter denken. Das erste Ziel unserer belgischen Politik wäre demnach die völlige Durchführung der schon angebahnten Trennung Flanderns von den wallonischen Gebietsteilen. Dies wäre noch Aufgabe des militärischen Generalgouvernements während des Krieges. Dann aber müßte man den Flamen sofort nach Friedensschluß die Zivilverwaltung eines Schutzgebiets zuteil werden lassen. In diesem Rahmen stehen für die innere Selbständigkeit des Landes alle Grade größerer oder geringerer Freiheit zur Verfügung. Und da bin ich nun der Meinung, daß Flandern von vornherein einen hohen Grad von Autonomie vertragen kann. Es handelt sich um ein hochkultiviertes stammverwandtes Volk, und wieviel man einem solchen gegenüber mit sofortigem Vertrauen erreichen kann, beweist das klassische Beispiel der Einordnung der Buren in das britische Weltreich. Denken wir immer an die Erfolge Englands in Südafrika und dem gegenüber an unsere eigenen

nicht immer erhebenden Eindeutschungsversuche in Elsaß-Lothringen! Die Flamen sind ein mündiges Volk, und wenn sie nicht in den Reichsverband treten, haben wir gar keinen Grund, in ihre inneren Angelegenheiten hinein-zureden.

Was militärisch zur Sicherung des flandrischen Besitzes dereinst notwendig sein wird, das mag der Generalstab entscheiden. Auch über die Stellung der Flamen zur deutschen Heeresverfassung vermag ich keinen Vorschlag zu machen. Es würde vielleicht kein übles Erziehungsmittel sein, wenn auch der junge Brüsseler oder Antwerpener künftig ein oder zwei Jahre im deutschen Heere dienen müßte. Die auswärtige Vertretung Flanderns wäre natürlich vom Reiche mit zu übernehmen. Wirtschaftspolitisch ist ein enges Zollbündnis zwischen Deutschland und Flandern mit gegenseitig zugeschnittenen Tarifen sicherlich empfehlenswerter als etwa die sofortige Aufnahme des Schutzgebietes in den Reichszollverband. Den beiderseitigen speziellen Wirtschaftsinteressen kann so besser Rechnung getragen werden, und auch hier wird eine gewisse Autonomie die Stimmung der Flamen günstig beeinflussen. Es ist unbedingt notwendig, daß Flandern mit dem wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich ein gutes Geschäft macht. Je weniger engherzig man hier mit Zugeständnissen ist, desto schneller wird Flandern selber im eigenen Interesse auf Erhaltung und vielleicht sogar Vermehrung des wirtschaftlichen Zusammenhangs hinwirken. Dagegen müssen wir in einem Punkte rücksichtslos und radikal sein: alles französische oder englische Kapital und nicht minder alles belgische Kapital, das etwa nach Frankreich oder England auswandern sollte, ist ohne Gnade gleich bei Friedensschluß zu enteignen, ganz gleich, ob es in der Industrie, im Handel oder in Grund und Boden angelegt ist. Wenn wir den feindlichen Staaten die Entschädigungspflicht auferlegen, so erlangen wir auf diese Weise einen Beitrag zu unsern Kriegskosten. Rein etwaiges belgisches Optantentum darf irgendwelche ökonomische Macht in Flandern behalten, wie wir es zu unserem Schaden an den französischen Optanten in Elsaß-Lothringen erfahren haben. Sollten die Flamen etwa über Vergewaltigung schreien, so darf uns das absolut nicht rühren. Ein jäher Verdruß ist besser als einer, der dann schleichend Jahrzehnte lang die Zusammenarbeit vergiftet. Die Flamen werden sich beruhigen, wenn sie nachher mit Deutschland gute Geschäfte machen. Wo man feindlichen Einfluß zertreten kann, muß man ihn ganz und von vornherein zertreten, um im übrigen dafür alle unnötige Gewalt desto weniger anzuwenden. So allein kann eine gute Politik zustande kommen, daß man irgendetwas, das man wollen kann, ganz und mit aller Klarheit will, im übrigen aber die Zugeständnisse, die man machen darf, und sehr häufig auch bei schlechtem Willen schließlich doch machen muß, ohne besondere Überwindung bewilligt.

Dieser Gedankengang führt mich wieder auf das, was ich schon in meinem erwähnten Aufsatz im Dezember über die innere Annäherung des flämischen Volkes an die deutsche Politik sagte. Was das germanische Flandern heute

kulturell an Frankreich und England bindet, das sind die von dort importierten Staatsideen: der englische Parlamentarismus und die Pariser Jakobinertradition. Das ist der Geist, der Deutschland ewig als Domäne politischer Barbarei verleumdet, weil unser Volk sich ihm nicht unterwarf, sondern den Stolz und die Kraft besaß, selbständige Gedanken über Staatsverfassung zu verwirklichen. Dieser Geist tritt immer mit den Gebärden tyrannischer Unfehlbarkeit auf. Vor seinen Augen werden wir niemals Gnade finden. Der belgische Staat vor 1914 war nichts als ein künstliches Zuchtbeet dieser westeuropäischen politischen Kultur. Die Ideen von 1789 haben ihn aus der Laufe gehoben und jederzeit beherrscht. Darum eben soll dieser Staat verschwinden, und das unfranzösische antijakobinische Flandern neu errichtet werden. Auch hier darf man nicht schwachmütig sein und muß gleich fest zugreifen. Weg mit der französischen Lünche in Brüssel, denn diese Stadt ist ebenso gut flämisch wie Antwerpen oder Gent! Weg mit der französischen Presse, so weit die flämische Zunge klingt. Weg auch mit der Brüsseler liberalen Parteienuniversität, dieser überflüssigen Pflanzstätte französisch fristeter politischer Weisheit! Auch hier ist der erste rasche Verdruß besser als eine dauernd vergiftete Stimmung.

Wenn wir dies aber tun wollen, so dürfen wir umsoweniger die Stellung der katholischen Kirche angreifen, die allein noch in Flandern die den Ideen von 1789 widerstrebende geistige Macht war und künftig unsere natürliche Verbündete sein muß. Auch die deutschen Protestanten und Liberalen müssen einsehen, daß Protestantismus und Liberalismus da nicht Ausfuhrartikel sein dürfen, wo sie nicht hinpassen. Der alte Irrtum von einem speziellen protestantischen Berufe des deutschen Geistes sitzt immer noch in manchen Köpfen fest. Er muß heraus! Denn das deutsche Volk ist ebensogut, und wenn man Österreich einschließt, wohl fast zu gleichem Teile katholisch wie protestantisch, und die deutschen Katholiken haben ebensoviel und ebenso edles Blut für unser Reich dahingegeben wie wir Protestanten. Der Katholizismus ist nicht minder unseres Volkes Religion wie der Glaube Luthers. Es ist eine nationale Pflicht der Evangelischen gerade in diesem Gedenkjahre der Reformation, diese Tatsache rückhaltlos zuzugestehen und in der nationalen Politik immer an sie zu denken. Wir schützen also nur unsere eigene nationale Religion, wenn wir im germanischen Flandern den Katholizismus schützen. Die Hauptsache aber ist, daß wir endlich in der politischen Propaganda der von Frankreich geistig beherrschten westeuropäischen Demokratie den unversöhnlichen Gegner im Kampfe um die Seelen des flämischen Volkes erkennen, gegen den uns jeder Verbündete recht sein muß. Wir würden einen fundamentalen politischen Fehler begehen, wenn wir die einzige Geistesmacht, die das breite Volk Flanderns stärker noch als dieser deutschfeindliche Radikalismus beherrscht, gleichgültig oder gar unfreundlich beiseite lassen wollten. Es wäre Torheit, wenn man ein innerlich dem Deutschtum geneigtes Flandern schaffen will, die Mittel nicht zu wollen, die diesem Ziele dienen können. Es wäre Schwäche, einen starken Trumpf nicht auszu-

spielen, den man in den Händen hält. Und der flämische Katholizismus kann trotz Kardinal Mercier bündnisfähig werden, wenn man zu aufrichtigem Bündnis entschlossen ist. Ich will nicht wiederholen, was ich schon im Dezember den „Grenzboten“-Lesern gesagt habe. Es kommt alles darauf an, daß die protestantische Öffentlichkeit begreift, daß unsere zukünftige europäische Politik in der Möglichkeit, durch unsere katholischen Volksgenossen auf außerdeutsche Katholiken einzuwirken, einen starken Aktioposten zur Verfügung hat. Dieser Posten muß ganz anders ausgenutzt werden, als vor dem Kriege. Es wäre eine unerhörte Beleidigung, wenn jemand etwa jetzt noch der nationalen Zuverlässigkeit unserer Katholiken mißtrauen wollte. Kein Protestant wird nach den Erfahrungen dieses Krieges an solches Mißtrauen auch nur entfernt noch denken wollen. Es wird also zweifellos zweckmäßig sein, die künftige Zivilverwaltung des Schutzgebiets Flandern, soweit sie noch nicht Einheimischen anvertraut werden kann, in die Hände von Beamten zu legen, die vor allem die Kirche zu gewinnen verstehen. Man sollte meinen, daß insbesondere aus unserem den Flamen so eng sprach- und glaubensverwandten niederrheinischen Volkstum die geeigneten Kräfte zur Verfügung stehen würden. Hier mögen die deutschen Volksvertreter beizeiten dafür sorgen, daß das Richtige geschieht! Wenn Flandern nicht in den Reichsverband eintritt, sondern als Schutzgebiet im Innern selbständig nach seiner Eigenart leben darf, so hindert uns nichts daran, auch kein deutsches Staatsrecht, die flandrische Kirchenfreiheit einschließlich der katholischen Universität in Löwen unangetastet zu lassen und mit der Kirche ohne weiteres auch den größten Teil des flämischen Volkes mit der Neuordnung der Dinge auszuföhnen.

Unser deutscher Protestantismus setzt eine Ehre darein, eine nichtpolitische Konfession zu sein. Ob wir damit recht haben oder nicht, ist unsere interne Angelegenheit. Jedenfalls muß aber auch der Protestant begreifen, daß andere Konfessionen eben politische Größen sind und als solche berücksichtigt sein wollen. Wie sollte es Deutschland sonst unternehmen, etwa im balkanischen oder türkischen Orient Politik zu treiben, wo die Konfessionen oft festere politische Größen sind als die Nationen! Wer nicht einsehen will, daß der konfessionelle Gedanke in der Politik sein Recht fordert, so gut wie der nationale, der wird unserem Vaterlande, dessen Schicksal die konfessionelle Spaltung ist, wenig Ersprießliches raten können. Ich appelliere an die patriotische Einsicht der deutschen Protestanten!

Und ich appelliere an die patriotische Einsicht der deutschen Katholiken! Wird der Krieg von uns siegreich bestanden, und gehen unsere Hoffnungen in Flandern und anderwärts in Erfüllung, dann ist der Augenblick gekommen, wo die deutschen Katholiken, wie auf dem Schlachtfelde, auch im Dienste der friedlichen Politik des Reiches ihre nationale Leistungsfähigkeit zu bewähren haben werden. Insbesondere müssen wir von der deutschen Zentrumsparthei, durch die der politische Katholizismus sich ja bei uns am liebsten vertreten

läßt, erwarten, daß sie auf dem Posten ist. Mein Dezemberrausatz in den „Grenzboten“ hat am 1. März d. J. in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 167 „Bundesgenossenschaft mit der Kirche in Belgien“) eine sehr freundliche Würdigung gefunden, und am 18. Februar hat die Berliner „Germania“ einen früheren Artikel von mir, der ähnliche Gedanken versocht, nicht minder beifällig besprochen. Aus dieser Zustimmung der führenden Zentrumspreffe darf ich wohl mit Recht schließen, daß die deutschen Katholiken bereit wären, im Sinne meiner Gedanken zur inneren politischen Ausöhnung Flanderns mit Deutschland das ihre zu tun. Das deutsche Zentrum, nicht minder aber alle anderen national bewußten politischen Parteien, haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Flandern nicht nur militärisch in unserer Gewalt bleibt, sondern daß auch dem deutschen Gedanken eine breite Gasse in die Gefinnungen des stammverwandten Flamenvolkes eröffnet wird!



## Die Lehren des kulturpolitischen Kampfes gegen Deutschland

Von Regierungsrat Otto Goldschmidt, zur Zeit im Felde

1.



er Weltkrieg hat uns wie unseren Feinden die überraschende Stärke des Staatsgedankens geoffenbart. Niemand ahnte, weder bei uns noch bei jenen, wie tief das Staatsbewußtsein die Völker durchdrungen hat, bis zu welchem Grade deren organische Verbindung zum Staate bereits vorgeschritten war. Künftige Geschichtsschreiber werden in der Kraft des Staatswillens, der alle Einzelwillen der Nation im Dienste der gemeinsamen Sache zu einen wußte, „das Wunder“ des Weltkrieges erkennen. Sie werden aber nicht vorübergehen können an der anderen überraschenden, negativen Erscheinung, daß die sieghafte Kraft des Staatsgedankens mit einem scharfen Hieb alle ihm hinderlichen Fäden, Ketten und Netze zerriß, die sich bis dahin von Volk zu Volk, von Land zu Land spannten. Ein Riß ging durch die „Kulturgemeinschaft“ der zivilisierten Völker. Wo man sie am meisten betont hatte, in England, erhob sich beim ersten Schuß ein mißtöniges Geschrei, das nur noch auf den unüberbrückbaren, zwischen unserer und der Kultur unserer Feinde, zwischen unseren und ihren Auffassungen von „Freiheit, Recht und Sitte“ gähnenden Abgrund schauernd